

Ahaus, 01.10.2021

Beratungsfolge

Ausschuss für internationale Beziehungen, Gleichstellung und Integration 4.1
26.10.2021 TOP Ö

Beratungsgegenstand

Beteiligung der Stadt Ahaus an der durch den Landesintegrationsrat NRW initiierten Kampagne "10+1 Bäume für die Opfer rechter Gewalt - Ein Mahnmal für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit"

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.01.2021

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für internationale Beziehungen, Gleichstellung und Integration empfiehlt dem Rat der Stadt Ahaus auf Empfehlung des Arbeitskreises Integration und Migration, den Antrag der Fraktion "Bündnis 90 Die Grünen" auf Beteiligung der Stadt Ahaus an der durch den Landesintegrationsrat NRW initiierten Kampagne "10+1 Bäume für die Opfer rechter Gewalt - Ein Mahnmal für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit" vom 2. Januar 2021 nicht zu befürworten.

An Stelle dessen empfiehlt der Ausschuss für internationale Beziehungen, Gleichstellung und Integration, dem Vorschlag des Arbeitskreises Migration und Integration zu folgen, dass die Stadt Ahaus jeder Schule im Bereich der Primarstufe /Sekundarstufe I/II in der Stadt einen Baum stiftet, der symbolisch für den Integrationsauftrag der jeweiligen Schule steht und dauerhaft in die Schulbildungsarbeit fest mit eingebunden wird.

Sachdarstellung

Die Ratsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ hat im Januar 2021 beantragt, dass sich die Stadt Ahaus der Kampagne "10 + 1 Bäume für die Opfer des NSU" des Landesintegrationsrates NRW anschließen möge. Dieser wirbt bei Kommunen darum, dass an präsender Stelle in der Kommune 10+1 Bäume als mahnendes Zeichen gegen Rassismus mit Blick auf die Opfer des NSU und des Anschlags in Hanau am 19. Februar 2020 aufgestellt werden. Der Ausschuss für Gleichstellung, Integration und Internationale Beziehungen hat sich mit diesem Antrag am 2. Juni 2021 beschäftigt und ihn zunächst zur Einholung eines Votums an den Arbeitskreis MIGRATION und INTEGRATION zur Vorberatung weiter verwiesen.

In dessen Sitzung am 16. September 2021 hat sich der Arbeitskreis sehr überzeugend eher gegen die Anpflanzung von 10+1 Bäumen an zentraler Stelle im Stadtgebiet als Gedenkstätte ausgesprochen. Dabei wollten sich die Mitglieder keinesfalls gegen die Kampagne stellen, waren jedoch der Meinung, dass die Nachhaltigkeit und Wirkung einer solchen Maßnahme stärker im örtlichen Kontext angesetzt werden müsste. Deshalb waren gerade die Vertretungen der unterschiedlichen Migrationsgruppen im Arbeitskreis der Meinung, das berechtigte Thema stärker hier in Ahaus und mit den auch erkennbaren Bedarfen in der Integration zu verorten. Sie schlugen vor, dass jede Schule im Bereich der Primarstufe /Sekundarstufe I-II in der Stadt Ahaus öffentlichkeitswirksam von der Stadt Ahaus einen Baum gestiftet bekommt, der symbolisch für den Integrationsauftrag der jeweiligen Schule steht und in der Schulbildungsarbeit auch fest mit ein-

gebunden werden soll.

Dabei will die Verwaltung - soweit alle Schulen diese Intention und dieses Vorgehen unterstützen / mittragen - mit jeder Schule einen passenden Standort und auch eine passende Auswahl der Baumart und -größe abstimmen. Wie und ob der Baum gesondert auch als "Schul-Baum für Integration" gekennzeichnet wird, kann später noch festgelegt werden.

Erste Rückmeldungen der Schulen deuten auf eine Zustimmung zu dem Alternativvorschlag des Arbeitskreises Migration und Integration in den Schulen hin.

Insofern empfiehlt die Verwaltung, dem Vorschlag des Arbeitskreises Migration und Integration aus seiner Sitzung am 16. September 2021 zu folgen. Die Kosten für einen Baum werden pro Schule auf 150 – 200 Euro geschätzt.

Finanzielle Auswirkungen

☒ Ja ☐ Nein

Budget:	05.01.
Maßnahme:	Freiwillige soziale Leistungen, Förderung der Integration

Ergebnisplan:

Pos.	Bezeichnung	Betrag in €
15	Transferaufwendungen	3.000

Finanzplan:

Pos.	Bezeichnung	Betrag in €
14	Transferzahlungen	3.000

Prüfung der Umwelt- und Klimarelevanz

☐ keine ☒ positiv ☐ teils/teils ☐ negativ

Alternativen / Optimierung:	
☐	keine
☐	folgende Optimierungsmaßnahmen werden berücksichtigt:
☐	werden aus folgenden Gründen nicht vorgeschlagen:

Anlagen

Anlage 01 – Antrag der Fraktion „Bündnis 90 – Die Grünen“ vom 02.01.2021

Anlage 02 – Flyer des Landesintegrationsrates